

ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 24. - 25. Mai 2025

*Antragsteller*in: Peter Heilrath*

*Tagesordnungspunkt: TOP 2 Deutsche und Europäische Rüstungsstrategie 2025+ mit
Sven Giegold, stellv. BuVo*

AP 1: Arbeitspapier zur Diskussion: Grüne Rüstungsstrategie in der Zeitenwende

Antragstext

1 **I. These: Die veränderte Sicherheitslage erfordert neben der Neubestimmung**
2 **grüner Sicherheitspolitik auch eine klare Rüstungsstrategie.**

3 Russlands Krieg gegen die Ukraine hat die europäische Friedensordnung
4 erschüttert und Deutschland sowie seine Bündnispartner vor neue Realitäten
5 gestellt. Die Nationale Sicherheitsstrategie 2023 bezeichnet Russland als größte
6 Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum. Dies erfordert
7 eine robuste Verteidigungsfähigkeit, was auch die Grünen anerkennen: Deutschland
8 muss in der Lage sein, sich und seine Partner zu verteidigen.

9 Für Bündnis 90/Die Grünen, mit ihrer pazifistischen Tradition, bedeutet dies
10 einen Spagat. Es gilt, die Notwendigkeit militärischer Stärke anzuerkennen, ohne
11 Kernwerte wie Deeskalation, diplomatische Konfliktlösung und Abrüstung
12 aufzugeben. Menschenrechte, Völkerrecht und Verhältnismäßigkeit müssen
13 Leitlinien bleiben. Deutschlands Verantwortung in NATO und EU ist gewachsen. Die
14 Grünen unterstützen eine stärkere EU als Sicherheitsakteurin. Eine grüne
15 Rüstungsstrategie muss definieren, wie Deutschland dieser Verantwortung gerecht
16 wird, durch Beiträge zur kollektiven Verteidigung und zur Stärkung europäischer
17 strategischer Autonomie.

18 Dabei spielen Aspekte der notwendigen technologischen Souveränität Europas (und
19 Deutschlands) in sicherheitsrelevanten Schlüsseltechnologien (z.B. KI, Cyber,
20 Quantentechnologie, Weltraum) und die Notwendigkeit strategischer Investitionen
21 in Forschung und Entwicklung unter ethischen Leitplanken genauso eine
22 entscheidende Rolle, wie auch die Stärkung von Cyberabwehrfähigkeiten und die

23 gesellschaftliche Resilienz gegen hybride Kriegsführung.

24 Die "Zeitenwende" ist ein interner Katalysator für die Modernisierung grüner
25 sicherheitspolitischer Identität hin zu einer "verantworteten Sicherheit". Die
26 wertebasierte Außenpolitik muss konkretisiert werden: nicht nur wofür, sondern
27 auch wie gerüstet wird (z.B. Ablehnung gänzlich autonomer letaler
28 Waffensysteme).

29 **II. These: Eine resiliente europäische Sicherheitsarchitektur bedarf einer**
30 **gestärkten, kooperativen und nachhaltig finanzierten Verteidigungsdimension.**

31 Sicherheit in Europa erfordert stärkere europäische Zusammenarbeit. Bündnis
32 90/Die Grünen befürworten eine vertiefte europäische Integration, auch in der
33 Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Initiativen wie die Gemeinsame
34 Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), PESCO, der Europäische
35 Verteidigungsfonds (EVF/EDF) und die Europäische Verteidigungsindustriestrategie
36 (EDIS) samt Europäischem Verteidigungsindustrieprogramm (EDIP) sind
37 entscheidend, um Fähigkeiten zu bündeln und Doppelstrukturen zu vermeiden. Die
38 EDIS-Ziele (z.B. 40% gemeinsame Beschaffung bis 2030) sollten unterstützt, aber
39 an Nachhaltigkeits- und Ethikkriterien geknüpft werden.

40 Die Finanzierung der "Zeitenwende" (Sondervermögen Bundeswehr, Erhöhung des
41 Verteidigungshaushalts) erfordert nachhaltige Modelle. Die Grünen haben bei
42 Verhandlungen zum Finanzpaket März 2025 erfolgreich den Sicherheitsbegriff zB zu
43 den Nachrichtendiensten erweitern können. Eine Reform der Schuldenbremse, wie
44 von den Grünen vorgeschlagen, könnte Investitionen auch in zivile Sicherheit und
45 Transformation ermöglichen. Transparenz bei Rüstungsausgaben ist zentral.

46 Die Debatte um "Greenwashing von Waffen" und ESG-Kriterien erfordert klare
47 ethische und ökologische Standards im Verteidigungssektor. Völkerrechtlich
48 geächtete Waffen müssen ausgeschlossen bleiben. Europäische Zusammenarbeit darf
49 nicht zur Absenkung von Standards führen, sondern muss diese stärken und auch
50 KMU und Startups fördern. Innovative Finanzierungsmodelle wie europäische
51 Anleihen für Verteidigung oder eine Übergewinnsteuer (These V) sind zu prüfen.

52 **III. These: Das nationale Beschaffungswesen muss grundlegend reformiert werden,**
53 **um Effizienz, Transparenz und eine bedarfsgerechte Ausstattung der Bundeswehr**
54 **sicherzustellen.**

55 Ein effizientes Beschaffungswesen ist entscheidend für eine einsatzbereite
56 Bundeswehr. Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der
57 Bundeswehr (BAAINBw) steht jedoch seit Jahren wegen Ineffizienz und langwieriger

58 Prozesse in der Kritik. Studien attestieren bisherigen Reformversuchen ein
59 weitgehendes Scheitern, wobei das Sondervermögen Bundeswehr offenbar notwendige
60 Strukturreformen eher hemmt. Beispiele wie Probleme bei digitalen Funkgeräten,
61 Verzögerungen bei Großprojekten (Puma, NH90) und Mängelberichte des
62 Bundesrechnungshofs (z.B. bezüglich der Korruptionsprävention) belegen dies.

63 Eine grüne Rüstungsstrategie muss konkrete Reformvorschläge enthalten:
64 Entbürokratisierung und Beschleunigung von Prozessen bei gleichzeitiger Wahrung
65 von Transparenz und parlamentarischer Kontrolle. Eine stärkere Orientierung an
66 marktverfügbaren Produkten ("Commercial/Military off-the-shelf") statt komplexer
67 Neuentwicklungen ("Goldrandlösungen") sollte unterstützt werden, wo sinnvoll.
68 Die parlamentarische Kontrolle (25-Mio-Euro-Vorlagen) muss durch frühzeitigere
69 und umfassendere Information des Bundestages gestärkt werden.

70 Die Bedarfsermittlung muss sich an realen Fähigkeitsanforderungen orientieren,
71 nicht primär an industriepolitischen Interessen. Lebenszykluskosten von
72 Waffensystemen (oft 60-80% der Gesamtkosten) müssen transparent und vollständig
73 berücksichtigt werden.

74 Die Verflechtung von Rüstungsindustrie, Bürokratie und Politik bedeutet auch
75 eine laufende Bedrohung der Strukturen und Entscheidungen durch Korruption und
76 erfordert deswegen Maßnahmen zur Aufbrechung problematischer
77 Interessenverflechtungen, z.B. durch Stärkung des Bundesrechnungshofs oder
78 strengere Karenzzeitregelungen.

79 Beim Kauf von "off-the-shelf"-Produkten, oft aus den USA (z.B. F-35), muss
80 abgewogen werden zwischen schneller Fähigkeitslückenschließung und langfristiger
81 Stärkung der europäischen oder nationalen Industrie und Technologiebasis.

82 **IV. These: Eine wertegeleitete Rüstungspolitik erfordert verbindliche ethische**
83 **Regeln für die Rüstungsindustrie und eine strikte, transparente Exportkontrolle.**

84 Für Bündnis 90/Die Grünen ist Rüstungsproduktion und -export untrennbar mit
85 ethischen Grundsätzen verbunden. Die Partei fordert seit langem ein Verbot von
86 Waffenlieferungen an Diktaturen und menschenrechtsverachtende Regime. Trotz
87 restriktiver Rhetorik erreichen deutsche Rüstungsexporte Rekordhöhen, auch an
88 problematische Drittstaaten.

89 Ein Ethik-Kodex für die Rüstungsindustrie mit überprüfbaren Verpflichtungen zu
90 Menschenrechtsstandards und Exportkriterien ist nötig. Diese könnten bei
91 Auftragsvergabe und Forschungsförderung verankert werden. Unternehmen, die
92 dagegen verstoßen, sollten von Aufträgen ausgeschlossen werden. Die Grünen

93 sollten sich für strenge Nachhaltigkeitsstandards im Verteidigungssektor
94 einsetzen, wobei völkerrechtlich geächtete Waffen kategorisch ausgeschlossen
95 bleiben.

96 Ein verbindliches Rüstungsexportkontrollgesetz ist eine Kernforderung. Die
97 Eckpunkte des BMWK wurden nicht mehr zur Kabinettsbefassung gebracht. Ein grünes
98 Gesetz muss klare Kriterien (Menschenrechte, Völkerrecht, regionale Stabilität)
99 festlegen. Auf EU-Ebene ist eine Harmonisierung der Exportkontrollen auf
100 höchstem Niveau nötig, um ein Umgehen strenger nationaler Regeln zu verhindern
101 und nicht dem Argument des "German Free" nachzugeben. Die "Politischen
102 Grundsätze" und EU-Kriterien müssen verschärft werden.

103 Die Einbindung von Selbstverpflichtungen der Industrie bereits bei
104 Auftragsvergabe und Forschungsförderung ist ein präventiver Ansatz. Die Debatte
105 um "Sustainable Finance" (ESG) erfordert eine klare grüne Position gegen die
106 Aufweichung von Nachhaltigkeitskriterien für die Rüstungsindustrie.

107 **V. These: Eine Übergewinnsteuer für Rüstungsunternehmen ist ein legitimes**
108 **Instrument zur Abschöpfung krisenbedingter Extraprofite und zur Stärkung der**
109 **gesellschaftlichen Solidarität.**

110 Die "Zeitenwende" führt zu massiven Umsatz- und Gewinnsteigerungen bei
111 Rüstungsunternehmen. Eine Übergewinnsteuer zielt darauf ab, solche
112 krisenbedingten "Extraprofite", die nicht auf üblicher Marktlogik basieren,
113 abzuschöpfen. Es ist unbillig, wenn Unternehmen von Krisen profitieren, die Leid
114 verursachen. Die Einnahmen könnten für Krisenprävention, Ukraine-Hilfe oder
115 Klimaschutz verwendet werden.

116 Bündnis 90/Die Grünen setzen sich traditionell für Steuergerechtigkeit und eine
117 stärkere Besteuerung hoher Gewinne ein.

118 Eine Übergewinnsteuer für Rüstungskonzerne wäre eine Option, um erhöhte
119 Rüstungsausgaben mit Gerechtigkeitsempfinden und Finanzierungsbedarf für andere
120 Staatsaufgaben zu verbinden. Die praktische Umsetzung erfordert eine sorgfältige
121 Konzeption bezüglich Definition von "Übergewinn", Bemessungsgrundlage und
122 Steuersatz, um negative Effekte zu vermeiden. Sie könnte auch als ökonomisches
123 Steuerungsinstrument dienen, um Preisgestaltung zu disziplinieren und Effizienz
124 zu fördern, ohne notwendige Investitionen abzuwürgen.

125 **VI. These: Langfristige grüne Sicherheitspolitik integriert Rüstungsaspekte in**
126 **eine umfassende Strategie, die Abrüstung, Rüstungskontrolle und zivile**
127 **Krisenprävention priorisiert.**

128 Eine grüne Rüstungsstrategie muss Teil einer umfassenden Sicherheitspolitik
129 sein, die Abrüstung, Rüstungskontrolle und zivile Krisenprävention weiterhin
130 priorisiert. Grüne Sicherheitspolitik basiert auf einem erweiterten,
131 menschenzentrierten Sicherheitsbegriff ("human security"), der über militärische
132 Aspekte hinausgeht und präventive Friedenspolitik umfasst. Militärische
133 Verteidigungsfähigkeit darf andere Instrumente nicht verdrängen. Das
134 langfristige Ziel bleibt eine atomwaffenfreie Welt und konventionelle Abrüstung.

135 Bündnis 90/Die Grünen setzen auf Multilateralismus und die Stärkung von UN und
136 OSZE. Investitionen in Diplomatie, Mediation und zivile Friedensmissionen müssen
137 parallel zu Verteidigungsausgaben erhöht werden. Internationale
138 Rüstungskontrollverträge (NVV, CWÜ, BWÜ) müssen gestärkt werden. Angesichts
139 neuer Technologien (letale autonome Waffensysteme, Weltraumbewaffnung) sind neue
140 internationale Abkommen nötig. Die Grünen lehnen letale gänzlich autonome
141 Waffensysteme ab und fordern ein internationales Verbot.

142 Die Integration von Rüstung in eine präventive, wertebasierte
143 Sicherheitsstrategie ist entscheidend.

Begründung

Das Arbeitspapier dient als Grundlage für die Diskussion und die weitere Auseinandersetzung mit dem Thema Rüstungsstrategie und ist gedacht, z.B. durch weitere Einbindung zuständiger Arbeitsgruppen (z.B. AG Bundeswehr) sowie BAGen (z.B. WiFi), ggf. zu einer Beschlussvorlage weiterentwickelt zu werden.